



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 5.1 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4057 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Das Projekt: Alsterrunning-Lauftreff mit Geflüchteten beantragt für ein Sportangebot Mittel in Höhe von 1.100 €.

Grundsätzlich entspricht der Antrag den Vorgaben des Sportfonds. Die Sportler kommen teilweise aus anderen Bezirken, was der Sportfonds aber auch zulässt. Die Summe in Bezug auf den einzelnen Sportler ist relativ hoch, aber u.E. durch die hohe Integrationsleistung gerechtfertigt. Die Gruppe hat eine hohe Verbindlichkeit erreicht und es gibt erste Erfolge bei der Vermittlung in Vereine. Darüber hinaus besteht eine Kooperation mit "Wir im Quartier" in Winterhude.

Das Bezirksamt empfiehlt daher eine Bewilligung.

Petitur/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 5.2 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4089 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Basis und woge e.V. beantragt für zwei Sportangebote Mittel in Höhe von 2.000 € und 4.560 €.

Beide Anträge werden inhaltlich befürwortet. Das Projekt „Mobi.JuKids.Nord“ ist ein Jugendamtsprojekt zur Unterstützung der Integration der geflüchteten Familien in den Sozialraum. Beide Sportangebote können durch das Jugendamtsprojekt nicht finanziert werden, sind aber im Rahmen der Arbeit des Projektes entstanden und dienen dem Ziel der Integration der geflüchteten Familien.

Am Fußballcamp nehmen andere Kinder teil, als im letzten Jahr, in dem der Sportfonds ebenfalls die Teilnahme von Kindern am Fußballcamp von St.Pauli finanziert hat.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 5.3 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4090 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der KSV Hamburg e.V. beantragt für zwei Sportangebote Mittel in Höhe von 1.320 € und 600 €.

Das Bezirksamt befürwortet die Anträge. Sie entsprechen der Intention des Sportfonds.
Das regelmäßige Sportangebot wird in Absprache mit der Wohnunterkunft Groß Borstel initiiert.

Die dortigen Kinder und Jugendlichen nutzen das Angebot intensiv, wenn es bereitgestellt wird.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Hrald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 5.4 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4151 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Die Evangelische Stiftung Alsterdorf beantragt für ein Sportangebot Mittel in Höhe von 5.785,57 €

Der Antrag entspricht den Kriterien des Fonds und wird aus Sicht des Bezirksamtes befürwortet. Die Stiftung bringt Personal ein und stellt die Halle kostenfrei zur Verfügung (s.a. Antrag) und erbringt somit ebenfalls einen hohen materiellen Einsatz.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|-------------------------|
| 5.7 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4183 | ungeändert beschlossen. |
|------------|--|-------------------------|

Sachverhalt:

Der KSV Hamburg e.V. beantragt für Sportangebote Mittel in Höhe von 5.780 €.

Der Antrag wurde geprüft und ist gemäß den Kriterien des Sportfonds der BV und förderungsfähig aus Sicht des Bezirksamtes.

Konkret soll in der Erstaufnahmeeinrichtung Heselstücken ein mit der Unterkunftsleitung abgestimmtes Sportangebot stattfinden. Es leben aktuell 75 Kinder in der Erstaufnahme, die von diesem Angebot sehr profitieren werden.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 5.8 | Fonds Sportangebote für Flüchtlinge Drucksache: 20-4184 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Das Goldbekhaus beantragt für ein Sportangebot Mittel in Höhe von 4.000 € bzw. 1.500 €.

Der Antrag entspricht den Kriterien des Fonds und wird vom Bezirksamt mit der höheren Zuwendungssumme befürwortet. Im Sportfonds stehen noch rund € 29.000,- zur Verfügung.

Petition/Beschluss:

Um Beratung und Entscheidung wird gebeten.

Tom Oelrichs

Abstimmungsergebnis:

4.000 € einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-----|--|------------------------|
| 7.1 | Nerven der Nachbarn schonen, Aufpflasterungen nur mit Erhöhung der Fahrbahn realisieren Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-4064 | ungeändert beschlossen |
|-----|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 01.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

1. Fahrbahnerhöhungen stellen nach Ansicht des Ausschusses ein sinnvolles Mittel zur Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit in verkehrsberuhigten Bereichen mit einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h oder weniger dar.
2. Deshalb wird das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung gebeten, bei den zuständigen Fachbehörden darauf hinzuwirken, dass Fahrbahnerhöhungen zur Geschwindigkeitsreduzierung künftig bei Straßenbauvorhaben vorgesehen werden können. Das Bezirksamt soll dies dann künftig bei Straßenbauvorhaben umsetzen.
3. Das Bezirksamt Hamburg-Nord wird zudem aufgefordert, bei künftigen Straßenbauvorhaben vom Einbau lärmintensiven rauen Pflasters als Maßnahme der Verkehrssicherheit abzusehen.
4. Stattdessen sollen in diesen Fällen alternative Methoden zur Signalisierung von Zonen, die besonderer Aufmerksamkeit von Autofahrenden bedürfen, angewandt werden. Das können beispielweise farbige Markierungen, farbiger Asphalt oder geeignete Muster sein.“

Begründung:

In der letzten Zeit gab es vermehrt Beschwerden über die Oberflächengestaltung der Straße „Alter Güterbahnhof“. Dort wurden in der bestehenden Tempo-30-Zone streckenweise Pflasterungen mit grob behauenen Natursteinen vorgenommen, die laut Bezirksamt dazu dienen sollen, „auf besondere Situationen hinzuweisen und die Aufmerksamkeit des Kfz-Verkehrs zu erhöhen“. Ziel ist, den Kfz-Verkehr zu besonderer Vorsicht anzuhalten, beispielsweise um die Querung der Fahrbahn damit sicherer zu machen.

Leider halten sich immer wieder Fahrerinnen und -fahrer nicht an die vorgegebene Geschwindigkeit. Laut Anwohnerinnen und Anwohnern kommt es gerade abends und nachts bei wenig Verkehr zu deutlichen Geschwindigkeitsüberschreitungen. Das raue Pflaster führt

dann zu einer sehr unangenehmen Lärmentwicklung, die den Schlaf in der Umgebung stört.

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, wenn Autofahrerinnen und -fahrer gezielt auf Gefahrenstelle oder Orte aufmerksam gemacht werden, an denen erhöhte Wachsamkeit gefragt ist. Allerdings dürfen die dafür gewählten Mittel in der Praxis nicht zu so deutlichen Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner führen, wie sie am Alten Güterbahnhof zu verzeichnen sind.

Stattdessen sollten in ähnlich gelagerten Fällen andere Wege gewählt werden, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Laut Bezirksamt sind statt Aufpflasterungen auch farbige Markierungen zulässig. In anderen Städten wurden beispielsweise auch schon Schachbrettmuster in weißer Farbe aufgetragen, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. [1]

Weiterhin führt das Bezirksamt aus, dass *„Aufpflasterungen oder Fahrbahnschwellen zur reinen Geschwindigkeitsreduzierung (...) in Hamburg nicht vorgesehen“* würden. Gründe nennt es nicht. Die praktische Lebenserfahrung zeigt aber leider, dass ohne eine erhöhte Aufpflasterung Autofahrende sich bei freier Bahn nicht davon abhalten lassen, mit zu hoher Geschwindigkeit zu fahren. So verhält es sich auch am Alten Güterbahnhof, wo nicht die Pflasterung das Problem darstellt, sondern die regelmäßige Geschwindigkeitsüberschreitung.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-----|---|------------------------|
| 7.2 | Überarbeiten des Leitbilds Seniorenpolitik Hamburg-Nord; hier: Einrichten einer Arbeitsgruppe Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Gesundheit und Integration Drucksache: 20-4069 | ungeändert beschlossen |
|-----|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Ausschuss Soziales, Gesundheit und Integration hat sich in seiner Sitzung am 02.03.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„1. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration setzt eine Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Leitbilds Seniorenpolitik ein. Die Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus je einer Vertreterin/ einem Vertreter der im Ausschuss vertretenen Fraktionen und Gruppen sowie einer Vertreterin/ einem Vertreter des Bezirkssenienenbeirats. Die in der Bezirksversammlung vertretenen Gruppen sind ebenfalls zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe eingeladen.

2. Die Arbeitsgruppe konstituiert sich, sobald nach erfolgter Neuwahl des Bezirkssenienenbeirats eine Vertreterin/ ein Vertreter in die Arbeitsgruppe entsandt wurde. Eine erste Sitzung der Arbeitsgruppe sollte möglichst im Mai 2017 stattfinden.“

Begründung:

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord hat am 15.06.2006 das „Leitbild zur Seniorenpolitik im Bezirk Hamburg-Nord“ verabschiedet. Mit Schreiben vom 1. Juni 2016 beklagt der Bezirkssenienenbeirat die mangelhafte Beachtung des Leitbilds. Aus der daraus folgenden Diskussion hat sich ergeben, dass das Leitbild einer Aktualisierung und Überarbeitung bedarf.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|--|------------------------|
| 7.3 | Beleuchtung der Wegeverbindung am Bahndamm der U3 zwischen Fuhlsbüttler Straße und Schwalbenstraße Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4123 | ungeändert beschlossen |
|------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Das Bezirksamt wird gebeten, für den Fußweg entlang des Bahndammes zwischen Fuhlsbüttler Straße und Schwalbenstraße eine angemessene Beleuchtung zu prüfen.
2. Das Ergebnis der Prüfung, eine Kostenschätzung und Hinweise zu Möglichkeiten der Finanzierung sollen dem Regionalausschuss zugeleitet werden.“

Begründung:

Die Erschließung des Mehrfamilienhauses Heidhörn 2-4 erfolgt sowohl über den Heidhörn, als auch im Falle der rückwärtig gelegenen Erdgeschosswohnungen über den öffentlichen Grünzug zwischen Wohnhaus und Bahnbrücke. Dieser Grünzug ist nicht beleuchtet. Er stellt dennoch - vor allem für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen (Gehwagen etc.), die vornehmlich die Erdgeschosswohnungen des Mehrfamilienhauses bewohnen, - aufgrund der kürzeren, treppenärmeren Wegstrecke die zentrale Wegeverbindung zwischen Nahversorgungszentrum Fuhlsbüttler Straße und Wohnsitz dar.

Die kürzere Wegstrecke durch den öffentlichen Grünzug birgt aufgrund der fehlenden Beleuchtung eine erhöhte Stolpergefahr. Er wird außerdem als Angstraum wahrgenommen.

Der Sanierungsbeirat Fuhlsbüttler Straße bemängelte diesen Zustand bereits vor langer Zeit und bat um die Herstellung einer angemessenen Beleuchtung des öffentlichen Grünzuges, um eine gefahrenfreie Erschließung auch für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen zu gewährleisten und damit nicht zuletzt ein inklusiveres Stadtleben zu ermöglichen.

Im Zuge des Ausbaus der Fuhlsbüttler Straße wurde dem Sanierungsbeirat die Installation

einer Beleuchtung angekündigt, die Umsetzung ist aber nicht erfolgt.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | |
|------------|---|
| 7.4 | Information Bauvorhaben in der Fuhlsbüttler Straße ungeändert beschlossen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4124 |
|------------|---|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Das Bezirksamt wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Anliegerinnen und Anlieger sowie die Gewerbetreibenden folgender und ggf. weiterer größerer Bauvorhaben im Bereich der südlichen Fuhlsbüttler Straße durch geeignete Informationen (Postverteilung, Aufstellen von Tafeln usw.) rechtzeitig über die Vorhaben, deren Auswirkungen und eventuelle Beeinträchtigungen informiert werden:
 - Bebauung hinter dem Telekom-Gebäude am Anfang der Fuhlsbüttler Straße
 - Ellipse am Anfang der Fuhlsbüttler Straße („Bahnhofslinse“)
 - Bebauung der Fläche des ehemaligen Hertie
 - Invest-Bauvorhaben Fuhlsbüttler Straße Ecke Hellbrookstraße (Blume 2000-Gebäude)
 - Neubau Drosselstraße Ecke Schwalbenstraße (Penny-Gebäude)
 - Neubauten an der Drosselstraße zwischen Steilshooper Straße und Bramfelder Straße
2. Auch die Interessenvertretung des Gewerbes, der Sanierungsbeirat und der Stadtteilrat Barmbek-Nord sollten von den zuständigen Stellen und den Vorhabenträgerinnen und -trägern regelmäßig Informationen erhalten, damit sie über ihre Verteiler und Webangebote wie bspw. barmbek-baut.info Interessierte optimal

informieren können.“

Begründung:

In Barmbek-Nord wurden im Bereich Fuhlsbüttler Straße bereits zahlreiche für die Verbesserung der Verkehrssituation und der Aufenthaltsqualität notwendige Baumaßnahmen durchgeführt. Diese brachten für Anwohner/-innen und Geschäftsleute erhebliche Belastungen mit sich.

Es ist bekannt, dass in nächster Zeit weitere große Bauvorhaben anstehen:

- Bebauung hinter dem Telekom-Gebäude am Anfang der Fuhlsbüttler Straße
- Ellipse am Anfang der Fuhlsbüttler Straße („Bahnhofslinse“)
- Bebauung der Fläche des ehemaligen Hertie
- Invest-Bauvorhaben Fuhlsbüttler Straße Ecke Hellbrookstraße (Blume 2000-Gebäude)
- Neubau Drosselstraße Ecke Schwalbenstraße (Penny-Gebäude)
- Neubauten an der Drosselstraße zwischen Steilshooper Straße und Bramfelder Straße

Alle Bauvorhaben werden Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs und der Anliegerinnen und Anlieger führen. Es ist daher notwendig, dass diese ebenso wie die Gewerbetreibenden rechtzeitig und kontinuierlich über die Vorhaben und deren Auswirkungen sowie die Dauer der damit einhergehenden Beeinträchtigungen informiert werden.

Generell ist wünschenswert, dass Informationen zu den unterschiedlichen Bauvorhaben an zentralen Stellen gesammelt und weiterverbreitet werden.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| |
|---|
| <p>7.5 Wegeverbindung über die Lauensteinstraße in Höhe Theodor-Rumpel-Weg/ Theodor Rumpel-Stieg ungeändert beschlossen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4125</p> |
|---|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass eine Anforderungsampel zur Querung der Lauensteinstraße Höhe Theodor-Rumpel-Stieg/ Theodor-Rumpel-Weg aufgestellt wird. Die Kosten dafür sollen dem Regionalausschuss Barmbek/Uhlenhorst/Hohenfelde/Dulsberg bekanntgegeben werden.“

Begründung:

Die Querung der Lauensteinstraße zwischen den beiden genannten Straßen ist gefahrlos nur möglich, wenn man den relativ aufwändigen Umweg über den Rübenkamp oder die Fuhlsbüttler Straße nutzt.

Der vergleichbaren Situation bei der Querung des Ringes 2 östlich der Fuhlsbüttler Straße Höhe Mildestieg hat man mit der Einrichtung einer Anforderungsampel Rechnung getragen.

Es wäre für die Anwohnerinnen und Anwohner eine große Hilfe, wenn es eine ähnliche sichere Quermöglichkeit in Höhe von Theodor-Rumpel-Stieg bzw. Theodor-Rumpel-Weg geben würde.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-----|---|------------------------|
| 7.6 | Abfallbehälter im Peiffersweg Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4126 | ungeändert beschlossen |
|-----|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der SPD- Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass an der Ecke Harzensweg/Peiffersweg und Steilshooper Straße/Peiffersweg Abfallbehälter installiert werden. Ferner wird darum gebeten, dass die akute Verunreinigung in der Umgebung zeitnah beseitigt wird.“

Begründung:

Vom Harzensweg an wird der Peiffersweg am Bahndamm der U3 bis zur Steilshooper Straße als Fußweg weitergeführt. In diesem Bereich habe Anwohner eine erhebliche Verschmutzung beklagt. Man erhofft sich Abhilfe dadurch, dass dort Abfallbehälter aufgestellt werden.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-----|---|------------------------|
| 7.7 | Gehwege an der Heinrich-Hertz-Straße instandsetzen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4127 | ungeändert beschlossen |
|-----|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Bezirksamt wird gebeten, die Gehwege in der Heinrich-Hertz-Straße insgesamt zu überprüfen und in jedem Fall im Teilstück zwischen Winterhuder Weg und Humboldtstraße die Ursachen für die starke Pfützenbildung zu beheben.“

Begründung:

Die Heinrich-Hertz-Straße beginnt auf der Uhlenhorst an der Herbert-Weichmann-Straße, quert Hofweg und Winterhuder Weg und endet in Barmbek-Süd an der Bachstraße. An beiden Seiten der Straße existieren reguläre Gehwege. Diese befinden sich allerdings besonders im Teilstück zwischen Winterhuder Weg und Humboldtstraße in einem für Fußgänger unzumutbaren Zustand (s. Fotos).

Bei Regen bildeten sich große Pfützen und ein Vorwärtskommen ist für alle Fußgänger/-innen, besonders aber für mobilitätseingeschränkte Personen, eine Herausforderung. Hier scheint eine Instandsetzung dringend geboten.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 7.8 | Ifflandstraße: Straßenbäume am Hohenfelder Park nachpflanzen | ungeändert beschlossen |
| | Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg | |
| | Drucksache: 20-4128 | |

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Ausschuss möge beschließen:

1. Das Bezirksamt wird gebeten, in der Ifflandstraße Höhe Hohenfelder Park mindestens fünf Straßenbäume zeitnah nachzupflanzen. Sollte direkt vor Ort nicht ausreichend Platz vorhanden sein, sollen im nahen Umfeld Ersatzstandorte gefunden werden.
2. Der Ausschuss wird über die vorgesehenen Standorte und den Pflanzzeitpunkt informiert.“

Begründung:

Im Rahmen der Arrondierung des o.a. Grundstückes wurden bei der Entfernung des Zaunes am Nordrand des Grundstückes vier kleinere Bäume gefällt. Auch kam es im Zuge der Schaffung von Feuerwehraufstellflächen beim angrenzenden Neubau zu Fällungen. Im Umfeld der alten Baumstandorte sollte daher nachgepflanzt werden.

Petitum/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|------------|---|------------------------|
| 7.9 | Schutz der Fußgänger/ -innen vor dem Zuparken des Gehwegs im Bereich Ifflandstraße 75 bis Einmündung Graumannsweg Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4129 | ungeändert beschlossen |
|------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 20.03.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Das Bezirksamt Hamburg-Nord wird darum gebeten, die Farbmarkierungen der Parkplätze auf der Fahrbahn in der Ifflandstraße insbesondere Höhe Hausnummer 75 zu erneuern.
2. Zudem sollen alle Parkstände auf der Nordwestseite im Bereich Ifflandstraße 75 bis Einmündung Graumannsweg an ihrem zum Gehweg liegenden Ende durch den Einbau von Fahrradbügeln baulich begrenzt werden, damit Fahrzeuge den Gehweg nicht länger einengen. Sollte aus Platzgründen der Einbau von Fahrradbügeln nicht möglich sein, sollen Poller oder ähnliches verwendet werden.“

Begründung:

Auf der Nordwestseite der Ifflandstraße werden zwischen der Einmündung Graumannsweg und Hausnummer 75 Fahrzeuge so geparkt, dass die Vorderachse auf dem Gehweg steht, während die Hinterachse auf dem vorhandenen Längsparkstreifen bleibt. Diese lange eingebürgerte Praxis wurde im nördlichen Teil des genannten Abschnitts erst vor kurzem per Beschilderung offiziell angeordnet. Dort ist der öffentliche Gehweg noch recht breit, er verschmälert sich aber Richtung Süden deutlich, so dass abhängig von der Aufmerksamkeit der Parkenden oft nicht einmal das Minimum von 1,50 Meter für den Fußverkehr verbleibt. Das Schrägparken ist an dieser Stelle gestattet, dies wird verdeutlicht durch im Laufe der Zeit allerdings etwas verblasste Markierungen auf der Fahrbahn.

Offenbar versuchen viele Autofahrende, ihr Fahrzeug möglichst weit weg vom potenziell gefährlichen Verkehr auf der Fahrbahn zu parken. Das führt dazu, dass der Gehweg vorne eingengt wird, während hinter den Fahrzeugen mehr als ein Meter Platz zur Parkplatzbegrenzung bleibt (s. Foto). Durch diese Praxis haben es Fußgängerinnen und Fußgänger schwer, sich auf dem Gehweg zu begegnen. Das gilt insbesondere, wenn hier längere Fahrzeuge, bspw. Transporter parken. Diese Problematik trifft auch auf den nördlichsten Teil der Ifflandstraße zu, wo der Gehweg noch breiter ist.

Sowohl eine Auffrischung der Markierungen als auch eine bauliche Begrenzung in Richtung Gehweg könnten hier Abhilfe schaffen - würde letztere zudem in Form von Fahrradbügeln ausgeführt, würde gleichzeitig dem Mangel an Radabstellmöglichkeiten entgegen gewirkt. Ein positives Beispiel findet sich nur wenige Meter weiter an der ffflandstraße (Foto).

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|--|------------------------|
| 7.10 | Raser in der Sierichstraße stoppen, Lebensqualität der Anwohner erhöhen | ungeändert beschlossen |
| | Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude | |
| | Drucksache: 20-4170 | |

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 27.03.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der rot-grüne Senat wird aufgefordert, in der Sierichstraße „Blitzer“ zu installieren, um Geschwindigkeitsüberschreitungen zu ahnden.“

Begründung:

Die Sierichstraße in Hamburg-Winterhude ist als Richtungsstraße eine wichtige Verbindungsstrecke zwischen der Innenstadt und dem Norden der Stadt und weist eine stadtweite Besonderheit auf: Dort wird zweimal täglich die Fahrtrichtung geändert. Immer häufiger berichten Anwohner allerdings von Rasern, Unfällen und extremem Verkehrslärm. Die vorgesehene Höchstgeschwindigkeit wird oftmals weit überschritten. Die CDU unterstützt daher Initiativen von Bürgern, die sich bemühen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Geschwindigkeit in der Sierichstraße von Autofahrern eingehalten wird.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|---|------------------------|
| 7.11 | Eppendorfer Weg gemeinsam mit Eimsbüttel fit für die Zukunft machen! | ungeändert beschlossen |
| | Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude | |
| | Drucksache: 20-4171 | |

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 27.03.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

- „1. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, sich gemeinsam mit dem Bezirksamtsleiter in Eimsbüttel im Zuge des Ausbaus der Veloute 13 beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) für einen einheitlichen, fuß- und radverkehrsfreundlichen Umbau des Eppendorfer Wegs einzusetzen, dabei sollen Parkplätze möglichst erhalten bleiben.
2. Ebenso möge sich der Bezirksamtsleiter dafür einsetzen, dass die dafür notwendigen Planungen eng mit dem Bezirksamt und dem zuständigen Regionalausschuss abgestimmt werden.“

Begründung:

Schon im April 2015 hatte der Verkehrsausschuss auf Antrag von SPD und GRÜNEN beschlossen, dass der Eppendorfer Weg zwischen Lehmweg und Löwenstraße so umgebaut werden solle, dass eine Tempo 30-Zone eingerichtet werden kann. Im Dezember 2015 beantragte die Koalition auch den Umbau des sich anschließenden Kreuzungsbereichs Löwenstraße / Eppendorfer Weg. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Mittlerweile wurden die Pläne für beide Maßnahmen im Regionalausschuss vorgestellt. Ziel aller Umbauten ist, den gesamten Eppendorfer Weg fit für die Zukunft zu machen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass er im Bereich des Bezirks Hamburg-Nord als Tempo 30-Zone ausgewiesen werden kann. Da der Radverkehr in einer Tempo 30-Zone auf der Straße geführt wird, wird ein Radweg überflüssig und der gewonnene Platz kommt den Fußgängerinnen und Fußgängern zu Gute. Radfahrer können sich über zusätzliche Abstellanlagen freuen. Gleichzeitig wird die Verkehrssicherheit erhöht und die Aufenthaltsqualität an dieser belebten Wohn- und Geschäftsstraße gesteigert. Ein geringeres Tempo geht außerdem mit weniger Luftverschmutzung und weniger Verkehrslärm einher. Auch der restliche Teil des Eppendorfer Wegs -sowohl in Hamburg-Nord als auch in Hamburg-Eimsbüttel- sollte nun in den Fokus genommen werden, um im gesamten Straßenzug einheitlich gute Bedingungen für Rad- und Fußverkehr zu schaffen. Dafür bietet die Tatsache, dass auf diesem Abschnitt zwischen Löwenstraße und Eimsbütteler Chaussee

die Veloroute 13 liegt, einen guten Ansatz. Die Veloroute 13 soll in den kommenden Jahren vom Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) ausgebaut werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|--|------------------------|
| 7.12 | Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4178 | ungeändert beschlossen |
|-------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 28.03.2017 mit Projektmittelanträgen befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-4139

Antragsteller/in: Kulturhaus Eppendorf

Projekt: Kindertheaterfestival „Lüfte - das Wüsentenschiff hebt ab!“

Höhe der beschlossenen Förderung: 2.175,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-4148

Antragsteller/in: Verein Backstube e.V.

Projekt: Weihnachtsmärchen „Frau Holle“

Höhe der beschlossenen Förderung: 790,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|--|------------------------|
| 7.13 | Projektmittel des Integrationsfonds Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4179 | ungeändert beschlossen |
|-------------|--|------------------------|

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 28.03.2017 mit Anträgen auf Projektmittel des Integrationsfonds befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-4140

Antragsteller/in: Stadtteilbüro Dulsberg

Projekt: Dulsberger HerbstLese 2017

Höhe der beschlossenen Förderung: 7.800,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-4147

Antragsteller/in: Kunstwerk e. V.

Projekt: „Roma Protest II: Deponie“

Höhe der beschlossenen Förderung: 5.000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|---|-------------------------------|
| 7.14 | Erweiterung des Beirates des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4180 | ungeändert beschlossen |
|-------------|---|-------------------------------|

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 28.03.2017 mit o.g. Thematik auf Grundlage eines interfraktionellen Antrages befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet.

Der dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport zugeordnete Beirat wird um die Sparte „Freie Tanz- und Theaterszene“ mit Herrn Andreas Lübbers, Wiese e.G. als Beiratsmitglied erweitert:

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 04.04.2017

Öffentlich

| | | |
|-------------|---|------------------------|
| 7.16 | Einladung eines Referenten zum Thema: Verkehrliche Erschließung Aldi Langenhorner Chaussee 579 Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 20-4196 | ungeändert beschlossen |
|-------------|---|------------------------|

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 03.04.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage einer Stellungnahme der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Ein Referent möge bei einer der nächsten Sitzungen Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hinzugeladen werden, um über das Thema „Verkehrliche Erschließung Aldi Langenhorner Chaussee 579“ zu berichten.“

Begründung:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 09.01.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines interfraktionellen Antrages befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung möge sich bei den zuständigen Behörden dafür einsetzen, dass

- 1. eine barrierefreie Verlängerung des südlichen Gehweges des Tückobsmoors über den Käkenkamp erfolgt.**
- 2. die Schließung des südlichen Käkenkamps durch einen Grünstreifen mit Straßenbaum flankiert wird.**

Die geplante Ansiedlung des Discounters ALDI auf dem Grundstück des ehemaligen Hotel Tomfort ist ein wichtiger Impuls zur Stärkung des Nahversorgungsstandortes Käkenhof und verspricht eine von vielen Bürgern gewünschte Einkaufsgelegenheit im nordwestlichen Langenhorn. Damit verbunden sind aber auch die Einrichtung von zahlreichen PKW-Stellplätzen und die Notwendigkeit von regelmäßigem Lieferverkehr mit LKW.

Die hierfür benötigte verkehrliche Erschließung bedeutet spürbare Veränderungen für die angrenzenden Nachbarn und jene Verkehrsteilnehmer, die bisher die betroffenen Straßen überwiegend nutzen. Dies sind Fußgänger und Fahrradfahrer.

Auch vor dem Hintergrund, dass für das Vorhaben eine Öffnung des Tückobsmoors zur

Langenhorner Chaussee für den Kraftfahrzeugverkehr unumgänglich ist, sind die Interessen der Fußgänger und Fahrradfahrer ebenso wie die der Anwohner also angemessen zu berücksichtigen.

Um die Interessen aller Verkehrsteilnehmer zu wahren, befürworten wir ausdrücklich die Verlängerung des südlichen Fußweges vom Tückobsmoor über den Käkenkamp hinaus. Damit einhergehend eine Schließung des südlichen Käkenkamps für PKW und LKW, um die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer gewährleisten zu können.

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung einstimmig.

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Im Knoten Tückobsmoor/ Käkenkamp soll am westlichen Fahrbahnrand ein vorgezogener Seitenraum (Fahrbahneinengung) hergestellt werden. Neben einer Verkehrsberuhigung im südlichen Käkenkamp wird hiermit eine Querungsstelle mit verkürzter Überquerungslänge für Fußgänger geschaffen. Sie wird barrierefrei hergestellt.

Zu 2.:

Da durch den neuen Discountermarkt eine Erhöhung der Verkehrsbelastung im südlichen Käkenkamp befürchtet wird, soll dieser verkehrsberuhigt werden.

Es wurden folgende Varianten untersucht:

1. Vollständige Sperrung des südlichen Käkenkamps auf Höhe des Hauses Nr. 5
2. Vorgezogener Seitenraum

1. Vollständige Sperrung des südlichen Käkenkamps

Dies hätte zwar eine Verkehrsberuhigung zur Folge, würde jedoch zu einer nicht akzeptablen Verdrängung von Verkehren über den Parkplatz des EKZ Käkenhof führen. Hierdurch würden Verkehre weg von den für öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen auf ein Privatgrundstück geleitet. Die Verlagerung betrifft vor allem Nachmittagsverkehre vom Discountermarkt zurück in die südwestlichen Wohngebiete, wie sie nach Feierabend in der Wegeketten Arbeit-Einkauf-Wohnen auftreten. Dies spricht maßgeblich gegen eine vollständige Sperrung. Des Weiteren müsste bei vollständiger Sperrung im südlichen Käkenkamp eine Wendemöglichkeit hergestellt werden. Dies ist innerhalb der dem Straßenverkehr zur Verfügung stehenden Flächen nicht möglich.

2. Vorgezogener Seitenraum

Mithilfe eines vorgezogenen westlichen Seitenraums wird der Querschnitt der Fahrbahn deutlich eingengt. Hierdurch wird eine verkehrsberuhigende Wirkung bei gleichzeitiger Durchlässigkeit für alle Verkehrsarten in Richtung der südlichen Wohngebiete erreicht. Gerade die Lage am westlichen Fahrbahnrand unterstützt die Verkehrslenkung vom nördlichen Käkenkamp ins Tückobsmoor und von dort zur Langenhorner Chaussee. Um diesen Zusammenhang optisch zu verdeutlichen, muss der vorgezogene Seitenraum möglichst nah an der Einmündung liegen. Diese Lage unterstützt gleichzeitig dessen Akzeptanz als Querungshilfe für Fußgänger in der Wegebeziehung Käkenhof-Tückobsmoor.

Fazit:

Der südliche Käkenkamp wird aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht vollständig gesperrt werden können. Stattdessen wird zur Verkehrsberuhigung ein vorgezogener westlicher Seitenraum hergestellt.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen